

Liebe Freund:innen, liebe Verbündete, liebe Mitstreitende,

zunächst einmal vielen Dank an den Aachener Friedenspreis, dass ihr unsere Arbeit würdigt – und noch wichtiger: dass ihr das anerkennt, was wir von Anfang an versucht haben zu praktizieren: radikale Empathie, gemeinsamer Widerstand und der Weigerung, zu Feinden zu werden.

Dieser Preis gehört nicht nur uns. Er gehört allen, die mit uns demonstriert, organisiert, übersetzt, gekocht, zugehört, gelehrt, gespendet, Türen geöffnet, Räume angeboten, uns zur Seite gestanden haben, wenn es schwierig wurde, und die immer wieder mit Mut und Fürsorge dabei waren.

Also: Danke euch allen!

Auch wenn wir zutiefst geehrt sind, diesen Preis entgegenzunehmen, ist es ambivalent, heute Abend hier zu stehen. Denn von einem gerechten Frieden in Israel und Palästina sind wir noch immer sehr weit entfernt. Und wir leben in einer Zeit, in der rechtsextreme Politik, Antisemitismus und Faschismus überall auf der Welt und auch hier in Deutschland wieder so stark wachsen.

In Gaza gehen die Zerstörung und die humanitäre Katastrophe weiter. Palästinenser:innen werden weiterhin getötet und verletzt, während der Zugang zu Nahrung, Medikamenten, Unterkünften und grundlegenden Dingen des täglichen Lebens völlig unzureichend bleibt. Gaza ist weiterhin ein Ort, an dem Menschen versuchen, inmitten einer Zerstörung von unermesslichen Ausmaß zu überleben, was eigentlich unvorstellbar sein sollte. Und die Hamas hält weiterhin die Macht in Gaza, unterdrückt Menschen, verbreitet Angst und bedroht und verfolgt palästinensische Stimmen und politische Gegner:innen, die sich gegen ihre Herrschaft aussprechen.

Im Westjordanland sind Palästinenser:innen militärischen Operationen, tödlicher, staatlich unterstützter Siedlergewalt, Landenteignungen und Vertreibungen ausgesetzt. Die Besatzung ist kein abstrakter politischer Begriff. Sie bestimmt, wo Menschen leben können, ob sie sich frei bewegen können, ob sie auf ihrem Land bleiben können und ob sie in Sicherheit und Würde leben können.

Und auch in Israel wird das politische Klima zunehmend gewalttätiger, während das Land auf Wahlen zusteuert. Menschen, die gegen die rechtsextreme Regierung protestieren, sehen sich zunehmender Repression und gewalttätigen Angriffen ausgesetzt. Demonstrierende, Journalist:innen sowie Aktivist:innen, die den derzeitigen politischen Kurs infrage stellen, werden zunehmend wie Feinde behandelt und nicht wie Teil einer demokratischen Gesellschaft. Itamar Ben-Gvir, Israels Minister für nationale Sicherheit und eine der einflussreichsten Personen innerhalb der derzeitigen Regierungskoalition, verwendet immer wieder genozidale und entmenslichende Sprache über Palästinenser:innen. Ben-Gvir ist kein Einzelfall. Er ist Teil einer breiteren politischen Strömung, die

innerhalb der israelischen Regierung reale Macht erlangt hat. Ihn lediglich als „Extremisten“ zu betrachten, ermöglicht es uns, das politische System zu ignorieren, das seinen Worten Macht und Konsequenzen verleiht.

Und wenn jemand in einer solchen Position Massenmord und ethnische Säuberung befürwortet, müssen wir fragen:

Was passiert, wenn solche Ideen politische Macht bekommen?

Was passiert, wenn Entmenslichung in die Regierung gelangt?

Was passiert, wenn eine Sprache, die früher noch als jenseits der Grenzen des akzeptablen politischen Diskurses gegolten hätte, Teil des politischen Mainstreams wird?

Und wir müssen uns diese Fragen auch hier in Deutschland stellen.

Denn die extreme Rechte wird stärker – und mit ihr werden Rassismus, Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit, Queerfeindlichkeit und antimuslimische bzw. gegen Migrant:innen gerichtete Rhetorik in unserer Politik und unserem Alltag normalisiert. Dinge, die früher nur am äußersten rechten Rand der Politik gesagt wurden, werden zunehmend gesellschaftsfähig.

Gleichzeitig erleben wir eine zunehmende Militarisierung der deutschen Politik und Gesellschaft. Die Militärausgaben werden massiv ausgeweitet, Forderungen nach Aufrüstung gehören immer mehr zum alltäglichen politischen Diskurs, und Krieg wird zunehmend als etwas dargestellt, auf das wir uns einfach vorbereiten müssen. Und während Milliarden in Waffen und Aufrüstung gesteckt werden, werden Mittel für die Prävention von Radikalisierung, für Bildung, psychische und körperliche Gesundheit, Jugendarbeit und soziale Dienste gekürzt. Uns wird gesagt, es sei nicht genug Geld da, um die Strukturen zu unterstützen, die Menschen miteinander verbinden und verhindern, dass Menschen zurückgelassen werden – aber offenbar ist immer Geld für Waffen da. Was für eine Gesellschaft bauen wir? Denn wenn wir die Strukturen abbauen, die unsere Gesellschaft zusammenhalten, und gleichzeitig immer mehr in militärische Macht investieren, schaffen wir keine Sicherheit. Wir zerstören die Grundlagen des sozialen Friedens.

Und wir können nicht einfach dastehen und sagen: Das ist die extreme Rechte. Das hat nichts mit uns zu tun. Wir wissen aus unserer eigenen Geschichte, wohin Entmenslichung führen kann, wenn sie normalisiert, institutionalisiert und in politische Macht verwandelt wird. Wir bemerken normalerweise nicht, wie so etwas beginnt. Es beginnt leise. Es beginnt mit Sprache. Mit Bezeichnungen. Damit, ganze Gruppen von Menschen auf Symbole, Bedrohungen oder Statistiken zu reduzieren. Es beginnt, wenn wir aufhören, einzelne Menschen zu sehen, und stattdessen nur noch Kategorien sehen. Und sobald dieser Wandel stattgefunden hat, wird alles leichter zu

rechtfertigen. Leid wird akzeptabel. Gewalt wird rational. Und Empathie beginnt, als etwas Optionales zu erscheinen. Deshalb ist Entmenschlichung die Grundlage von allem, wogegen wir uns stellen. Und genau deshalb ist Solidarität so wichtig. Solidarität unterbricht diesen Prozess. Sie zwingt uns, Menschen als Menschen zu sehen – nicht als Narrative, nicht als Feinde, nicht als politische Werkzeuge.

Wenn wir über deutsche Verantwortung sprechen, kann das nicht nur bedeuten, sich an die Vergangenheit zu erinnern. Es bedeutet, Verantwortung für das zu übernehmen, was heute/ jetzt geschieht. Es bedeutet, Entmenschlichung zu erkennen und ihr entgegenzutreten, wenn wir sie sehen – unabhängig davon, gegen wen sie sich richtet, woher sie kommt und ob es für uns politisch bequem ist oder nicht. **„Nie wieder“ muss „Nie wieder für alle“ bedeuten.** Solidarität bedeutet nicht, in allem einer Meinung zu sein. Solidarität bedeutet, sich zu weigern, einander die Menschlichkeit abzusprechen. Und deshalb müssen wir auch darüber sprechen, wie wir miteinander in unseren eigenen Räumen umgehen.

Es gibt einen wichtigen Unterschied zwischen Empathie und der bloßen Zustimmung zu jemandem. Empathie verlangt nicht, dass wir dasselbe denken oder uns in allem einig sind. Sie verlangt etwas Grundlegenderes und Schwierigeres: die Menschlichkeit des anderen anzuerkennen, auch wenn wir unterschiedlicher Meinung sind, und dies ernst zu nehmen in unserem Handeln. Und wir denken, dass diese Unterscheidung gerade jetzt besonders wichtig ist. Denn das Ausmaß der Polarisierung, das wir innerhalb demokratischer Räume erleben, können wir uns nicht leisten – insbesondere nicht in einer Zeit, in der der Faschismus um uns herum so stark wächst.

Wir müssen uns daran erinnern, dass wir einander brauchen. Wir müssen uns an unsere Gemeinsamkeiten erinnern, an unsere gemeinsamen Kämpfe, an die Geschichten des Widerstands, aus denen wir kommen. Wir können keine stärkeren Bewegungen aufbauen, indem wir Menschen ausschließen oder verdrängen, nur weil wir manchmal unterschiedlicher Meinung sind. Natürlich haben wir unterschiedliche Perspektiven, unterschiedliche Erfahrungen, unterschiedliche Realitäten. Meinungsverschiedenheiten sind normal. Wir sind keine Sekte, und wir wollen auch keine sein. Wenn überhaupt, dann lag und liegt unsere Stärke immer darin, dass wir unterschiedlich sind – und trotzdem in der Lage sind, zusammenzustehen.

Und vielleicht ist genau das, was wir gerade am meisten schützen müssen: Nicht die Übereinstimmung in jedem Detail. Sondern die Fähigkeit, miteinander in Beziehung zu bleiben, auch wenn es kompliziert wird. Denn in dem Moment, in dem wir diese Fähigkeit verlieren, sind wir

leichter zu spalten, leichter zu schwächen und leichter voneinander zu trennen. Wir können uns gerade nicht den Luxus leisten, uns voneinander zu trennen. Wir brauchen einander viel zu sehr.

Und das bedeutet, Räume zu schaffen, in denen wir tatsächlich zusammenkommen und offen und respektvoll miteinander sprechen können. Räume, in denen wir konstruktive Diskussionen führen können, anstatt sofort Annahmen übereinander zu treffen, einander auf Etiketten zu reduzieren oder uns gegenseitig auszugrenzen, bevor wir überhaupt wirklich zugehört haben. Denn wenn wir Bewegungen wollen, die stark genug sind, um dem entgegenzutreten, was vor uns liegt, brauchen wir mehr als Übereinstimmung. Wir brauchen Vertrauen, Dialog und die Bereitschaft, auch dann im Gespräch zu bleiben, wenn es schwierig wird.

Wir wissen nicht, was die kommenden Jahre bringen werden. Aber wir wissen, was wir nicht verlieren wollen. Wir wollen nicht die Fähigkeit verlieren, einander als Menschen zu sehen. Und wir wollen auch nicht die zerbrechliche, schwierige Arbeit der Solidarität verlieren. Denn letztendlich könnte genau das das Einzige sein, was überhaupt noch ein Gefühl von Hoffnung am Leben erhält.

Deshalb nehmen wir diesen Preis nicht als Feier von etwas entgegen, das abgeschlossen ist, sondern als Ermutigung, weiterzumachen. Weiter zu organisieren. Weiter zu sprechen. Weiter Brücken zu bauen, wo andere Mauern errichten wollen. Und weiter gemeinsam Widerstand zu leisten – für Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität.

Danke!

Palestinians and Jews for Peace